**Bezugspreise:**
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 5.00 Mark, vierteljährlich 15.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133;

**Abend-Ausgabe.**

# Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**
Die 5 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609

**Nr. 278.** Halle, Donnerstag, den 17. Juni 1920. **Einzelpreis 30 Pfg.**

## Halbheit der Deutschen Volkspartei.

Die Erklärung, die Herr Dr. Petersen für die demokratische Fraktion zur Regierungsbildung abgegeben hat, findet in allen vorurteilslosen Kreisen volle Würdigung. Sie entspricht dem Ideal von der Kabinettsbildung, das die demokratischen Mitglieder der Verfassungs-Kommission und namentlich auch die Minister Preuß und Koch bei dieser Gelegenheit immer in den Vordergrund gestellt haben. Eine Verhandlung über die Fraktion ist falsch und hat mit dem Parlamentarismus nichts zu tun. Es kommt darauf an, daß ein Kabinett gebildet wird, dem die Mehrheit des Parlaments ihr Vertrauen schenken kann.

Daß die Deutsche Volkspartei jetzt noch einen ihrer Führer im „Lokal-Anzeiger" erklären läßt, eine derartige Kabinettsbildung entspreche ganz ihren eigenen Ansichten, ist erstaunlich. Die Deutsche Volkspartei hat den westlichen Parlamentarismus, dessen Anwendung in der Erklärung des Herrn Petersen verlangt wird, immer abgelehnt, und Herr Heinze hat mit dem Auftrag des Reichspräsidenten zur Kabinettsbildung auch nichts anderes anzufangen gewußt, als zur sozialdemokratischen Partei zu laufen und mit ihr zu verhandeln.

Aber es kommt wirklich nicht darauf an, wer die Priorität hat. Die demokratische Partei wird sich auch durch solche Töne des „Lokal-Anzeigers" nicht bewegen lassen, die Sache anders zu behandeln, als vom allgemeinen Gesichtspunkt aus. Daß ihr der deutsch-volksparteiliche Parlamentarier des „Lokal-Anzeigers" bei dieser Gelegenheit den Vorwurf macht, sie erstrebe mit ihrer rein sachlichen Erklärung eine Reichskanzlerschaft Schiffer, geht vollständig fehl. Die Demokratische Partei denkt gar nicht daran, als die kleinste Partei [illegible] den Vordergrund zu drängen. Dieser Standpunkt wird insbesondere von Herrn Schiffer selbst geteilt und ist von Anfang an von ihm gerade auch gegenüber führenden Mitgliedern des Zentrums mit allem Nachdruck zum Ausdruck gebracht worden. Geradezu betrüblich ist es, daß es Politiker gibt, die immer wieder in der Deutschen Volkspartei [illegible] Standpunkt persönlichen Ehrgeizes aus behandeln. Wenn die Demokratische Partei hier mit einer Meinung hervortritt, die die Deutsche Volkspartei sachlich billigt, so kann es ihr Führer doch nicht unterlassen, persönliche Motive zu erfinden.

Aber das alles läßt sich vergessen, wenn die Deutsche Volkspartei wirklich bereit wäre, vernünftige Politik zu machen. Aber wenn der im „Lokal-Anzeiger" zu Worte gekommene Führer der Deutschen Volkspartei tatsächlich die Fraktion hinter sich hat, so macht er jede Zusammenarbeit unmöglich durch die Sätze:

„Wenn die demokratische Fraktion sich auf den Standpunkt stellt, daß jede monarchische Agitation bekämpft werden muß, so verläßt sie damit den Boden der Reichsverfassung. Wir werden von dem Standpunkt, den wir immer in dieser Frage eingenommen haben, unter keinen Umständen abweichen."

Es ist ganz selbstverständlich, daß jeder Bürger das Recht hat, Monarchist zu sein. Ebenso selbstverständlich aber ist es, daß jemand, der in der republikanischen Regierung sitzt und an der Verwaltung des Landes teilnimmt, sich jeder monarchistischen Propaganda zu widersetzen hat. Wie sollte wohl eine Regierung geführt werden, wenn der eine Minister für die Monarchie und der andere für die Republik eintritt und wenn auch die nachgeordneten Behörden sich je nach ihrer persönlichen Neigung für Republik oder Monarchie einsetzen? Begreift die Deutsche Volkspartei noch immer nicht, daß solche Halbheit der beste Nährboden für Emeuten von links ist und daß eine Regierung, die sich auf solche Halbheiten einliehe, keine Macht entwickeln kann? Auch was wir in der Wahlbewegung immer gesagt haben, scheint fast zuzutreffen: Die Deutsche Volkspartei sammelt soviel verschiedenartige Elemente um sich, daß sie zu jeder klaren Stellungnahme unfähig wird und sich selbst ausschaltet.

## Auf dem Wege zur Regierungsbildung.

**Berlin, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) In ihrer gestrigen Abendausgabe berichtet die „Voss. Ztg.", daß die Deutsche Volkspartei für die Regierungsbildung ausscheide. Es dürfe der Plan eines Blockes der Mitte als gescheitert gelten. Augenblicklich sei von einem Zusammenschluß lediglich des Zentrums und der Demokraten die Rede, aber wahrscheinlich dürfte man auch noch mit den Mehrheitssozialisten verhandeln.**

**Nach anderen Meldungen scheidet die Volkspartei nicht aus. Die neue Regierung der bürgerlichen Mitte soll gestern schon als beinahe fertig gebildet gegolten haben. Dem „Vorwärts" zufolge sprach man in parlamentarischen Kreisen von folgender Liste: Reichskanzler: Dr. Mayer-Kaufbeuren, Inneres: Koch, Auswärtiges: v. Nostiz (früherer sächsischer Gesandter in Wien), Wirtschaft und Finanzen: Wirth, Arbeit: Stegerwald, Verkehr: Gröner, Reichswehr: Gessler, Justiz: Heinze**

**Dr. Mayer war bis zum Montag in München. Am Montag fuhr er dann nach Paris zurück. Freitag wird er wieder in Berlin erwartet. Als Justizminister wird auch Schiffer genannt.**

**Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" findet es bei der Nominierung Dr. Mayers als Reichskanzler bemerkenswert, daß er gar nicht der Partei — nämlich dem Zentrum — angehört, die seinen Namen in die Wageschale der Entscheidung geworfen hat. Das Zentrum habe es in geschickter Weise verstanden, durch die Wahl eines Mannes, der früher zu den besten und allgemein anerkannten Köpfen der Partei gehörte, eine Brücke zu der seinerzeit abgesplitterten bayerischen Volkspartei hinüberzuschlagen und durch Ernennung einer solchen Persönlichkeit gleichzeitig eine Grundlage zu schaffen, auf der Süddeutschland mit dem Norden ohne Mißtrauen in einer seinen Wünschen zuwiderlaufenden Reichspolitik zusammenarbeiten kann.**

## Preußen Republik — kein „Freistaat".

Der Verfassungsausschuß der Preußischen Landesversammlung trat ohne Generaldebatte unmittelbar in die Beratung der einzelnen Paragraphen der Verfassung ein. Beim § 1 setzte im Anschluß an Anträge der Deutschnationalen und des Berichterstatters Dr. Berndt (Dem.) eine längere Debatte darüber ein, ob Preußen ausdrücklich als Republik bezeichnet werden sollte, oder ob die Bezeichnung „Freistaat" unter Hinweis auf Artikel 17 der Reichsverfassung genüge. Die Bezeichnung Republik wurde schließlich mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten aufrechterhalten. Ein Antrag der Unabhängigen, die Hohenzollern für alle Zeiten als abgesetzt zu erklären und die Familiengüter zum Eigentum der preußischen Republik zu machen, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt, da nicht nur die Mitglieder des Hauses Hohenzollern, sondern alle Leute, die etwa Herrschaftsansprüche auf Teile Preußens erheben, durch die Festlegung der republikanischen Verfassung als erledigt anzusehen seien, und weil die Bestimmung über die Familiengüter [illegible] Von seiten der [illegible] Verfassung § 1a beantragt, der das [illegible] artigen Gebietsteilen [illegible] den Sachsen unter besonderen Schutz stellen und die Lande [illegible] den schwarz-weiß verfassungsmäßig festlegen wollte. Die Anträge wurden abgelehnt, weil nach der Reichsverfassung der Schutz der Landesgrenzen gegen das Ausland lediglich Reichssache ist, und weil die aus Sozialdemokraten und Demokraten bestehende Mehrheit nicht durch verfassungsmäßige Festlegung einer besonderen Landesflagge gegen die Reichseinheit und Reichsflagge zu demonstrieren wünschte. Die Beratung gedieh bis zum § 3 des Entwurfs, demzufolge das Volk seinen Willen über die Staatsangelegenheiten durch den von ihm gewählten Landtag kundgibt. Es ergab sich Uebereinstimmung im Ausschuß darüber, daß dieser parlamentarische Absolutismus nicht zugelassen werden solle, sondern daß alle verfassungsmäßigen Organe als Träger des Volkswillens gelten sollen und Volksbegehren und Volksentscheid auch in die preußische Verfassung einzufügen seien.

## Die Entwaffnung Deutschlands.

In Erwiderung auf eine im englischen Parlament gestellte Frage über die Maßnahmen, die Deutschland seit der Konferenz von San Remo zur Erfüllung der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages getroffen hat, erteilte der englische Premierminister Lloyd George eine schriftliche Antwort, in der es heißt:

Am 10. Mai schätzte die interalliierte Kontrollkommission die Stärke des deutschen Heeres auf 270 000 Mann, am 10. Juni wurde in einem deutschen Funkspruch amtlich bekanntgegeben, daß bis zu diesem Tage das deutsche Heer auf 200 000 Mann vermindert worden sei. Diese Mitteilung, erklärte Lloyd George, ist bisher von der interalliierten Kontrollkommission noch nicht nachgeprüft worden. Jedenfalls aber liegen Anzeichen dafür vor, daß das deutsche Heer im letzten Monat beträchtlich vermindert worden ist. Eine große Anzahl von Leuten ist entlassen worden. Die Einheiten des Feldheeres sind mit der Reichswehr verschmolzen worden. Die deutsche Regierung erteilte Befehl zur Auflösung und Entwaffnung der unerlaubten Formationen und der Einwohnerwehren. Sie dringt aber noch immer auf Erlaubnis zur Beibehaltung einer bewaffneten Gendarmerie. 23 877 Geschütze und 37 262 Maschinengewehre sind ausgeliefert worden.

## Der französische Druck im besetzten Gebiet.

**Worms**, 16. Juni. Laut einer amtlichen Bekanntmachung des Chefs des Generalstabes hat der Kommandierende General der Rheinarmee in der durch die französische Armee besetzten Zone „infolge von Zwischenfällen und um Anlässe zu Unruhen zu vermeiden" verboten, daß in der Oeffentlichkeit oder unter Verhältnissen, die der Oeffentlichkeit gleichkommen, deutsche Hymnen oder Liedergesungen werden. Ferner wird in der französisch besetzten Zone unter allen Umständen das Flaggen in nationalen Farben verboten.

## Ausweisung der Palästina-Deutschen.

Bekanntlich hat die englische Militärbehörde in Aegypten unlängst 250 Mitglieder der seinerzeit aus Palästina vertriebenen und in Aegypten internierten deutschen Templer zwangsweise nach Deutschland verschickt und ihnen nicht einmal die Möglichkeit gelassen, ihr in Palästina befindliches Hab und Gut zu holen und mitzunehmen. In den letzten Tagen haben nunmehr in Stuttgart und Mergentheim Versammlungen stattgefunden, in denen feierlich und nachdrücklich gegen die geschehene Zwangsverschickung wie auch dagegen protestiert wurde, daß noch immer über 500 Templer, größtenteils Frauen und Kinder, in ägyptischen Internierungslagern festgehalten werden, wo sie allen Entbehrungen und Einschränkungen des Gefangenenlebens sowie den gesundheitsschädigenden Einwirkungen des dortigen Klimas preisgegeben sind. Die Kundgebung schließt mit den Worten: Wie erachten als unabweisbare Pflicht der Menschlichkeit wie des Christentums, daß Leuten, die im Heiligen Lande geboren sind und die dort in Fortführung des von ihren Vorfahren begonnenen religiösen Werks ihr ganzes Leben hindurch zum Besten des Landes gearbeitet haben, unverzüglich die Rückkehr dorthin gestattet und so die Möglichkeit der Weiterführung ihres religiösen Werks gegeben werde.

## Ein amerikanischer Finanzmann über den Versailler Frieden.

**New York**, 11. Juni. Der Chef der Bankfirma Kuhn & Loeb, Herr Otto H. Kahn, der heute auf der „Celtic" von Europa angekommen ist, hat auf mehrfaches Ersuchen um eine Aeußerung über seine Beobachtungen im Auslande folgende Erklärung abgegeben:

Der Meltau jenes giftigen Versailler Friedensinstrumentes liegt noch auf Europa. Unbekümmert um die Logik der historischen Entwicklung von Jahrhunderten und um die Fähigkeiten oder Unfähigkeiten der Rassen, das wesentlichste Moment, das wirtschaftliche, ignorierend, Verfügungen treffend, die Produktion, Handel und internationale Verbindungen in dem ganzen Europa östlich des Rheins vollständig aufheben, mit zerstörender Willkür die Karte von Europa, Afrika und Asien zerschneidend, ohne eine, wenn auch strenge Gerechtigkeit durch weise Einschränkungen zu mäßigen, und nicht allzu peinlich in bezug auf öffentlich bekanntgegebene Ziele und Ideale, haben die Friedensmacher an Stelle von Frieden und Beruhigung Unfrieden und Beunruhigung geschaffen.

[illegible] von Amerika und [illegible] Sprechern hätten ausgeübt werden können, wäre es für Amerika am Friedenstisch möglich gewesen, der ganzen Welt und insbesondere seinen Waffengefährten einen Dienst von unschätzbarem Wert zu leisten. Diese Gelegenheit ließ man unbenutzt.

Ein hervorragender britischer Staatsmann hat den Vertrag einen in seinen Wirkungen so verwüstenden genannt, wie er noch nicht vorgekommen sei, denn er zerstöre die Handels- und Verkehrswege, die die Entwicklung von Jahrhunderten zwischen den Völkern geschaffen habe, er hinterlasse in weiten Teilen Europas eine Furche von Elend und Rassenhaß und die Aussaat für weitere unendliche Rassenkämpfe.

„Es klingt paradox," fuhr Herr Kahn fort, „aber es ist doch in weitem Sinne wahr, daß Europa im vergangenen Jahr weniger von den Wirkungen des Krieges gelitten hat als von denen des Friedens. Ich habe zwar Deutschland nicht selbst besucht, aber in Paris den Führer der Wirtschaftsmission getroffen, welche die deutsche Regierung dorthin zur Beratung mit den Delegierten der französischen entsandt hatte, und auch eine Anzahl von Amerikanern und Franzosen, die Deutschland kürzlich besucht hatten. Ich habe den Eindruck erhalten, daß von den Junkern, Militär- und Hohenzollernpartei nichts zu fürchten ist. Der Ruin und die Schande, die ihre Herrschaft über das deutsche Volk gebracht hat, werden ihre abschreckende Wirkung in dieser Generation nicht verlieren. Was an Gefahren vorhanden sein mag, liegt eher in der entgegengesetzten Richtung. Die Deutschland auferlegende Entschädigung soll eine so verblüffende, und die anderen Bedingungen, unter denen Deutschland zu leben gezwungen sein wird, so unerträglich sein, daß Hoffnung und Arbeitsfreude verschwinden und die Massen auf kein anderes Leben rechnen können, als sie es seit dem Waffenstillstand geführt haben.

Es mag der Fall eintreten, daß Deutschland sich aus Verzweiflung in die offenen Arme des bolschewistischen Rußlands wirft. Ich glaube aber nicht, daß es so kommen wird. Ich glaube, daß die alliierten Mächte genug Weisheit, Gerechtigkeit und erleuchtete Fürsorge für ihre eigenen Interessen besitzen werden, um den Friedensvertrag so auszulegen, daß die Last der Deutschland gerechterweise auferzulegenden Buße von ihm getragen werden kann. Ich glaube, sie werden zu dem Urteil gelangen, daß zu einer Zeit, wo die Welt einen dringendsten Bedarf an Produktion hat, der Drang nach Arbeit und die industriellen Fähigkeiten des deutschen Volkes voll ausgenutzt werden müssen, obschon ein großer Teil der Früchte ihrer Arbeit gerechterweise denen zufallen wird, die Deutschland so grausam geschädigt hat.

Es ist mir tatsächlich mitgeteilt worden, daß Deutschlands Industrien mit Aufträgen aus allen Weltteilen überschwemmt werden, daß die Arbeiter sich von dem Einfluß der Utopien und bolschewistischen Lehren frei machen und zur Arbeit bereit sind, und daß Deutschland, sobald eine Möglichkeit zur Erlangung der nötigen Rohstoffe offen steht und bestimmte und erträgliche Bedingungen für seine nationale Existenz festgelegt sind, eine große Arbeitsstätte für den dringenden Bedarf der Welt an Produkten werden wird. Meine Berichterstatten stimmten dahin überein, daß in Deutschland keine spezielle Erbitterung gegen die Amerikaner vorhanden ist, da die Mehrheit des Volkes zu der Einsicht gekommen ist, daß es der blinde und schuldige Wahnsinn ihrer eigenen Herrscher gewesen ist, welcher den Eintritt Amerikas in den Krieg unvermeidlich gemacht hat. Gegen den Präsidenten herrscht allerdings eine Erbitterung, weil er beschuldigt wird, daß es ihm nicht gelungen ist, in dem von ihm unterzeichneten Friedensinstrument die Verpflichtungen aufrechtzuerhalten, an die er Amerika in den dem Waffenstillstand vorangehenden Verhandlungen gebunden hatte."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200617039/fragment/page=0001

# Deutsche Reichsschulkonferenz 1920.

Berlin, den 16. Juni.

6. Tag.

Die Beratungen der Ausschüsse wurden heute fortgesetzt. Der Ausschuß für

**Auslandsschulen**

tagte unter dem Vorsitz des Realgymnasialdirektors Dr. Söhring vom Auswärtigen Amte. Die Mitglieder des Ausschusses nahmen neun Leitsätze an, von deren Befolgung eine reiche Förderung des Auslandsschulwesens erwartet werden darf. — Der Ausschuß für

**Arbeitsunterricht**

war sich einig, daß die Schule eine erziehliche Arbeitsgemeinschaft werden müsse. Durch Spielen, Schaffen und Handeln soll zu selbständigem Erarbeiten von Kenntnissen angeleitet werden. Ein Gesetz zur Durchführung des Arbeitsgrundsatzes und des Werkunterrichts wurde verlangt. Die Schulwerkstatt müsse von den Schulunterhaltungspflichtigen geschaffen werden. Alle Lehrer müßten die einfachen Formen des Werkunterrichts beherrschen, besondere Fachlehrer müßten eingestellt werden. — Der Ausschuß für

**Jugendwohlfahrt**

beschäftigte sich mit der Frage des gedeihlichen Zusammenwirkens von Schule und Wohlfahrtspflege. Um dieses zu sichern, müsse der Aufgabenkreis der Schule scharf umgrenzt werden, die Mitwirkung der Lehrerschaft bei der Wohlfahrtspflege sei nicht zu entbehren. Für geistig und körperlich gebrechliche Kinder sollten besondere Einrichtungen getroffen werden. Der baldige Erlaß eines Reichsrahmengesetzes über die Jugendwohlfahrtspflege wurde in einer Entschließung gefordert. — Im Ausschuß für

**Staatsbürgerkunde**

wurden besondere Stunden für staatsbürgerlichen Unterricht und die Durchdringung des gesamten Unterrichts mit staatsbürgerlichem Geiste gefordert. Dementsprechend müsse die Vorbildung der Lehrer ausgebildet werden. Die besondere Lehrbefähigung für Staatsbürgerkunde müsse mit jeder anderen geisteswissenschaftlichen Fakultas verbunden werden können. — Im Ausschuß für

**Schülerfragen**

wurde heute die Frage der Schülervereine eingehend behandelt. Die Vertreter der Jugend erklangten Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit für die Schüler. Ein Teil der anderen Ausschußmitglieder befürchtete davon eine Störung des persönlichen Verhältnisses zwischen Lehrern und Schülern. Für die Schulverfassung wurde von einer Seite eine parlamentarische Ausgestaltung gefordert, von anderer daran festgehalten, daß die Schulverfassung auf einem persönlichen Vertrauensverhältnis zwischen Schülern und Lehrern beruhen müsse. — Für die

**Volkshochschule**

wurden allseitig umfassende Mittel verlangt, ebenso für das freie Bildungswesen überhaupt. Der Vertreter der Fichte-[illegible] Grundlagen für [illegible] bieten [illegible]. Ein aus dem Arbeiterstande hervorgegangener Gelehrter meinte, daß eine erfolgreiche positive Arbeit im Volksbildungswesen nur möglich sei, wenn vorher die negativen moralischen Kräfte in Schundliteratur, Kino, usw. vom Staate beseitigt wären. Darüber, ob und wie der Staat sich mit Ausbau und Unterhaltung der Volkshochschulen zu befassen habe, waren die Meinungen geteilt. — In dem Ausschuß

**„Schule und Heimat"**

wurde nach eingehenden Verhandlungen eine Entschließung angenommen, in der verlangt wird, daß der Heimatbildung in und außerhalb der Schule größte Beachtung und Pflege gewidmet werden soll. Insbesondere wird gefordert, daß für den heimatkundlichen Fachunterricht eine zulängliche Stundenzahl in dem Unterricht eingestellt wird. Die Lehr- und Lernbücher sollen heimatkundlich gestaltet werden; dem Gesichtspunkt der Bodenständigkeit der Lehrer ist Beachtung zuzuwenden, heimatliches Wandern und Reisen ist zu fördern.

Nachmittags traten die Vorsitzenden der Ausschüsse zusammen, um über den

**Stand der Beratungen**

zu berichten. Es wurde festgestellt, daß die meisten Ausschüsse ihre Arbeiten abgeschlossen hatten, so daß am morgigen Sitzungstage mit der Berichterstattung über die Ausschußarbeiten im Plenum begonnen werden kann.

# Deutsches Reich.

**Beileidstelegramm der Demokraten an die Familie Prof. Max Webers.** Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei hat an die Familie des verstorbenen Universitätsprofessors Max Weber-München folgendes Telegramm gerichtet: „Die Deutsche demokratische Partei ist durch das Hinscheiden ihres Mitbegründers, des Prof. Max Weber, aufs schmerzlichste berührt. In einer Zeit, in welcher der Gedanke der Demokratie gefährdet erscheint, ist das Ableben eines der hervorragendsten Vertreter dieses Gedankens ein unersetzlicher Verlust. Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei spricht Ihnen und Ihren Angehörigen sein tief empfundenes Beileid zu dem schweren Schlage aus, der sie betroffen. Die Idee, für die Max Weber wirkte und stritt, wird weiterleben und das deutsche Volk über die Gefahren hinwegbringen, die es jetzt von allen Seiten bedrängen. Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei."

**Ueber das neue Reichswirtschaftsgericht,** das hauptsächlich für wirtschaftliche Streitigkeiten zuständig sein soll, werden nun die Ausführungsbestimmungen bekanntgegeben. Danach ist das Reichswirtschaftsgericht ein unabhängiges, nur dem Gesetz unterworfenes Sondergericht. Es kann bei wirtschaftlichen Streitigkeiten auch zwischen Behörden für zuständig erklärt werden. Der Sitz des Gerichts ist Berlin. Es wird von einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von rechtskundigen und sachverständigen Mitgliedern besetzt. Die rechtskundigen Mitglieder werden aus der Zahl der zum Richteramt befähigten Beamten ernannt, die sachverständigen Beisitzer werden vom Präsidenten berufen; sie sind einer Vorschlagsliste zu entnehmen, die vom Reichswirtschaftsrat aufgestellt wird.

**Eine Klage der Deutschnationalen.** Parteioffiziell hat soeben die Deutschnationale Volkspartei ihrem Befremden Ausdruck gegeben, daß sich an sie trotz ihrer Bereitwilligkeit, an der Regierungsbildung teilzunehmen, bisher „keiner der mit der Regierungsbildung betrauten Herren mit dem Ersuchen um Teilnahme an den Verhandlungen gewendet habe. Mit anderen Worten: Die Deutschnationale Volkspartei kann die Zeit gar nicht abwarten, bis sie — wenn auch mit Teilhabern der bisherigen von ihr geschmähten Koalition — in der Regierung zusammenarbeiten könnte. Die Deutschnationalen sind — so scheints — ganz besonders darüber empfindlich, daß Trimborn mit ihren Führern am Dienstag zwar gesprochen, aber nicht verhandelt hat. Die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei erklärt: „Eine zwischen Herrn Trimborn auf dessen Veranlassung mit führenden Persönlichkeiten der Deutschnationalen Volkspartei Dienstag abend erfolgte Unterredung hatte leider [illegible] gestalt, daß sich ihrem [illegible] Korrekter." Die [illegible] Deutschnationale Blatt behauptet: „Mit der Erklärung des Dr. Petersen haben die Sache des Bürgertums von neuem verraten und eine nicht sozialistische Regierung sabotiert." Sie behauptet auch, eine vorbehaltlose Anerkennung der Weimarer Verfassung sei auch von sozialdemokratischer Seite noch nicht erfolgt. Die „Deutsche Tageszeitung" will ferner die Deutsche Volkspartei ihren eigenen deutschnationalen Parteizwecken dienstbar machen mit der Behauptung:

„Auch eine Zusammenarbeit der Deutschen Volkspartei mit den Demokraten erscheint nun doch unmöglich, da nicht gut anzunehmen ist, daß die Volksparlei unter das kaudinische Joch der Preisgabe des Kaisergedankens kriechen könnte."

Das agrarische Hauptorgan der Deutschnationalen haut eben in seinem Aerger über die Behandlung der als Sieger sich fühlenden Deutschnationalen Volkspartei blind um sich.

**Deutsche Arbeiter für Sowjet-Rußland.**

Nach Meldungen aus Moskau haben sich hunderttausend deutsche Arbeiter der verschiedensten Berufe bereit erklärt, nach Sowjet-Rußland überzusiedeln. Zu diesem Zwecke ist eine Abordnung des Volkskommissariats für Arbeiten nach Deutschland entsandt, um den Vertrag mit den Vertretern dieser Arbeiter abzuschließen und Mittel und Wege ihrer Beförderung nach Rußland ausfindig zu machen. Vorbedingung für ihre Annahme in bolschewistische Dienste ist ihre Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation und die Annahme der russischen Staatsangehörigkeit. — Die Nachricht scheint uns noch der Bestätigung zu bedürfen.

Wir hoffen, daß deutscherseits sich noch Mittel und Wege finden lassen werden, um zu verhindern, daß deutsche Arbeiter auf Grund verlogener Versprechungen bolschewistischer Kommissare unvermeidlichem Hunger und Elend preisgegeben werden.

**Protest gegen die Ernennung des Saarbrücker Oberlandesgerichtspräsidenten.**

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Saarbrücken: Die vom Völkerbund eingesetzte Saarregierung hat Prof. Gotfried Nippold (Bern) zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Saarbrücken ausersehen. Die Berufung Nippolds zum obersten Justizbeamten wird hier als Verstoß gegen das Richtergesetz betrachtet; die saarländische Bevölkerung könne zur Rechtsprechung und Gerichtsverwaltung eines Mannes von solcher Vergangenheit kein Vertrauen haben.

# Ausland.

**Die Wiener Kabinettskrise.**

Die Wiener Kabinettskrise ist wieder einmal in ein neues Stadium getreten. Trotz der von allem Anfang an latent vorhandenen Spannung, die dann sozusagen über Nacht zum Bruch zwischen den Christlich-sozialen und den Sozialdemokraten führte, glaubte man immer noch, daß der Zwang der trostlos verfahrenen Verhältnisse die feindlichen Brüder über kurz oder lang einander doch wieder nähern müßte. Eine gewisse Stimmung für diese Wiedervereinigung war auf beiden Seiten auch niemals völlig geschwunden. So wenig man einander leiden konnte, im Interesse des Ganzen hielt man es doch für notwendig, über das grundsätzlich Trennende hinwegzusehen. Wenn darin jetzt plötzlich wieder eine Aenderung eingetreten ist, und der alte Haß in neuer Leidenschaftlichkeit emporzüngelt, so liegt die Schuld hauptsächlich an dem Ungeschick und der unozügelten Tiffzipinlosigkeit des Staatskanzlers Renner. Er hat es fertig gebracht, in einer öffentlichen sozialistischen Versammlung den Christlich-sozialen die unerhörte Beschuldigung der Schiebereinnisse ins Gesicht zu schleudern. Als Folge hat sich ergeben, daß nunmehr von einem neuen Kabinett Renner als Uebergangs- oder Wahlkabinett keine Rede mehr ist. An Stelle der bis dahin immer noch nicht ins Bereich der Unmöglichkeit vermiesenen Koalition steht neuerdings wieder die Idee eines Beamtenkabinetts mit einigen farbloseren Politikern im Vordergrunde. Ob damit frei[illegible] gefunden sein wird, steht bei der Wandelbarkeit der österreichischen Verhältnisse noch sehr dahin.

**Die norwegische Regierungskrisis.**

**Kopenhagen,** 16. Juni. „Berlingske Tidende" meldet aus Christiania, daß die Rechte des Storthing sich bereit erklärte, die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen. Halvorsen wird als Ministerpräsident und Justizminister genannt.

**Die Europareise des amerikanischen Obersten House.**

**Rotterdam,** 17. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) „Westminster Gazette" erklärt, daß Oberst House seine Europareise auf dringenden Wunsch verschiedener französischer und englischer Staatsmänner unternommen habe, die ernstlich beunruhigt seien durch die wachsende Entfremdung zwischen den Alliierten und den Vereinigten Staten. Diesen Staatsmännern liegt daran, den Rat des Obersten zu hören.

Die amerikanische Regierung dementiert offiziell die Nachricht, daß Oberst House nach Europa komme, um an den

---

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung. Freitag, 18. Juni. Inhalt: Meerkatz. Roman von Fedor von Zobeltitz. — Fatum. Skizze von Konstanze Schaz. — 12 indische Ehegebote. — Ein Tabaksjubiläum. — Bunte Zeitung. — Literatur.

## Vor der Berufswahl.

Von

Martin Feuchtwanger.

(Nachdruck verboten.)

Mein Sohn hat Sorgen. Es ist an der Zeit, daß er sich einen Beruf wähle; er wird in drei Monaten seinen achten Geburtstag feiern. Er zermartert sich das Hirn. Tag und Nacht sinnt er über seine Zukunft.

Um sieben Uhr in der Frühe wecke ich ihn. Er schlägt die Augen auf und sagt: „Guten Morgen, Vater. Du Vater, Trambahnschaffner! Verdient man da viel Geld?"

„Na, reich wird man eigentlich nicht. Aber es kommt ja nicht aufs Reichwerden an. Wenn einem der Beruf nur Freude macht und wenn man sein Auskommen hat!"

„Du, Vater, dann werde ich wohl Trambahnschaffner werden. Ich finde es so schön, wenn man in der Elektrischen von einem zum anderen gehen kann und wenn jeder darauf wartet, bis er sein Billett bekommt."

Am Mittag aber haben sich die Pläne schon geändert. „Vater, ich habe es mir anders überlegt. Trambahnschaffner werde ich nicht. Ich werde Kinderkologe."

„Kinderkologe? Was ist denn das?"

„Das weißt du nicht? Aber Vater! Rudis Vater ist doch Kinderkologe."

„Ach so, Gynäkologe! Warum willst du denn Gynäkologe werden?"

„Du, Vater, das ist fein. Da kommen jeden Tag zwanzig Leute und noch mehr in die Sprechstunde. Die feinsten Damen Und alle müssen hübsch artig sein; denn sonst läßt man sie warten Wenn sie nicht nett sind, dann läßt man sie bis zum Abend im Sprechzimmer sitzen. Rudi erzählt, wenn der Diener meldet, es seien einige Damen im Sprechzimmer, dann streicht sich sein Vater erst noch ein Butterbrot und lacht und sagt: Erst das Frühstück, dann das Vergnügen; lollen warten!"

Aber mit der Gynäkologen-Herrlichkeit dauert es nicht lange. „Vater, eigentlich wollte ich Konditor werden. Aber Oskar meint, wenn man alles selbst ißt, dann verdient man kein Geld. Und wenn ich alle die schönen Sachen verkaufen soll, dann würde mir das Herz brechen."

Er spielt mit Märe, dem Schlosserlohn, auf der Straße. „Vater, ich hab's Schlosser! Da ist man stark und kann alles! Jawohl, Mäzes Vater kann alles. Der kann die krümmsten Nägel gerade biegen und Schiffe bauen und Maschinen bauen. Mäzes Vater hat ganz allein alle Lokomotiven und alle Eisenbahnen gemacht. Jawohl, das hat er mir selbst erzählt. Und Nägel einschlagen kann er auch."

Nachdem er eine halbe Stunde lang auf dem Schoß von Vetter Fritz, dem Studenten gesessen war, ist er entschlossen, einen Beruf zu ergreifen, der ein Universitätsstudium erheischt.

„Also Vater, das ist herrlich. In die Universität geht man nur, wenn man Lust dazu hat. Man braucht keine Entschuldigung zu bringen und der Professor schimpft auch nicht, wenn man ausbleibt. Das eine weiß ich schon jetzt bestimmt: In die Universität gehe ich nicht ein einziges Mal. Hurra!"

Schließlich wählt er den Beruf des Barbiers. „Weil die Friseure immer so elegant angezogen sind, viel feiner als du, Vater, und weil sie so elegante Verbeugungen machen."

„Und das Studieren, Junge? Ich denke, du willst studieren?"

„Ja, natürlich. Muß man denn als Friseur nicht studieren?"

Das Studieren gibt er bald auf. In schnellster Reihenfolge wird er Papst, Droschkenkutscher, Minister, Pfarrer, Obsthändler, Richter und Drehorgelmann.

Endlich aber hat er das einzig Wahre, das Große, Unumstößliche gefunden:

„Vater, jetzt hab' ich's aber: Ich werde Telephonfräulein!"

## Geheimrat Karl Heinrich Cornill gestorben.

Wie schon kurz gemeldet, hat die theologische Fakultät der Universität Halle, die vor kurzem erst Geheimrat Hering verloren hat, einen neuen Verlust zu beklagen. Geheimer Konsistorialrat Karl Heinrich Cornill ist im Alter von 66 Jahren gestorben. Cornill wurde am 26. April 1854 in Frankfurt a. M. geboren. Er studierte 1872 bis 1876 an den Universitäten Leipzig, Bonn und Marburg, um sich 1878 in Marburg in der theologischen Fakultät zu habilitieren. Nach acht Jahren wurde er dort Extraordinarius. 1887 siedelte er als ordentlicher Professor nach Königsberg über, 1888 übertrug ihm die Universität Königsberg ein Ordinariat. Zehn Jahre später ging er an die Universität Breslau, bis ihn die Universität Halle-Wittenberg 1910 als Ordinarius für alttestamentarische Theologie (Nachfolger von Prof. Kaatzsch) berief. Cornill ist durch eine Reihe von Büchern bekannt geworden. Er schrieb u. a.: Jeremia und seine Zeit (80), Das Buch des Propheten Ezechiel (86), Einleitung in das Alte Testament (91, 96), Der israelitische Prophetismus (94, 03), Geschichte des Volkes Israel; Kommentar aus Jeremia (05).

Die Leiche des Gelehrten ist zur Bestattung nach seiner Geburtsstadt Frankfurt a. M. übergeführt worden.

# Kunst und Wissenschaft.

**Die Berliner Gesellschaft für Sexualwissenschaft** hat am Donnerstag und Freitag eine sehr interessante Sitzung abgehalten, in denen Vorträge gehalten wurden über den Einfluß der Drüsen mit innerer Sekretion nach die Genitalorgane. Nach den anatomischen Ausführungen von Geh. Rat v. Waldeyer-Hartz, dem Vortrage über die weiblichen Keimdrüsen von Geh. Rat Franz und über die männlichen von Prof. Richter erregten besonderes Interesse die Mitteilungen über Heilung von Homosexuellen durch Ueberpflanzung gesunder Hoden (männlicher Keimdrüsen), die von Prof. Lichtenstern (Wien), Mühsam (Berlin) erfolgreich ausgeführt worden sind, sowie Vorträge von Prof. Lesche (Berlin) über den Einfluß der Hirndrüsen und des Zwischenhirns auf die Entwicklung und Tätigkeit der Geschlechts- (Genital-) Organe und von Prof. Peritz über Beeinflussung des Wachstums durch Drüsenextrakte.

**Engelbert Humperdinck** hat zu seiner letzten Spieloper „Gaudeamus" nachträglich ein neues Vorspiel für großes Orchester komponiert, welches soeben bei der Firma Adolph Fürstner in Berlin im Druck erscheint. Das Vorspiel soll nicht nur bei den weiteren Bühnenaufführungen der Oper, von denen die nächsten an den Stadttheatern in Schwerin i. M. und Kiel bevorstehen, benutzt werden, sondern wird auch an die Orchester für Aufführungen im Konzertsaal abgegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200617039/fragment/page=0002

Besprechungen von Spa teilzunehmen. Amerika denke nicht daran, sich bei diesen Verhandlungen vertreten zu lassen.

### Eine englische Ehrung für die Opfer der Schlacht am Skagerrak.

Die internationale Völkerrechtskonferenz in Portsmouth beschloß auf Antrag eines englischen Flottenkommandanten einstimmig, zum Gedächtnis der in der Schlacht am Skagerrak gefallenen 6000 Engländer und 4000 Deutschen auf den Stufen des Rathauses, in der die Konferenz tagte, einen Kranz niederzulegen. Nach der Kranzniederlegung hörte der gesamte Kongreß entblößten Hauptes den von Marinetrompetern geblasenen Abschiedsgruß an.

### Zur Lage in Rußland.

Die über Wladiwostok nach Europa gelangte Nachricht von einem Sturz der Moskauer bolschewistischen Regierung hat sich als völlig unrichtig erwiesen. Es entbehrt nicht des Interesses, daß diese Nachricht gerade zu der Zeit ausgesprengt wurde, wo die Polen in der Ukraine in vollem Rückzuge begriffen sind und Kiew haben räumen müssen. Bereits am 11. Juni operierten, wie aus Moskauer Funksprüchen hervorgeht, bolschewistische Reitermassen im Rücken der Polen bei Shitomir und Berditschew.

### Ein Interview mit Krassin.

Dem Londoner Vertreter der „Liberté" ist ein Interview mit Krassin gelungen, obwohl der bolschewistische Delegierte der englischen Regierung versprochen hatte, keinem Journalisten eine Unterredung zu gewähren. Krassin erklärte, es sei ein großer Irrtum von der Entente, wenn sie glaube, daß sie durch bewaffnete Macht die Macht der Sowjets vernichten könnte. „Jeder militärische Schlag, den ma nuns versetzt," sagt Krassin, „bringt uns Vorteile". Die Intervention der Entente hat den Bolschewisten schon insofern geholfen, als die Bauern, die anfänglich ihre Gegner waren, zu ihnen übergegangen sind. Die Bolschewisten haben die Kleinbauern im Besitz ihres Getreides gelassen, während die Offiziere Denikins ihnen wegnahmen, die Bauern und deren Frauen schlugen und sogar ihre Dörfer niederbrannten. Infolgedessen traten besonders im Ural die Soldaten zu Tausenden aus den Reihen Kotschaks aus und gingen zu den Bolschewisten über. Das Interview enthält weiter die Versicherung Krassins, daß die Bolschewisten den Frieden wollen, trotzdem sie, wie er sagt, den Krieg noch jahrelang fortsetzen können, ohne geschlagen zu werden. „Obgleich die Entente auch Polen noch auf uns gehetzt hat," sagt Krassin, „hat sie doch nur ein negatives Ergebnis erzielt. Sie hat uns mit einer großen Anzahl unserer ehemaligen Gegner wieder versöhnt, denn auch aus der Bourgeoisie und aus den Kreisen der Intellektuellen bekommen wir zahlreichen Zuwachs. Man irrt sich im Auslande, besonders in Frankreich, wenn man denkt, daß wir Propaganda im Auslande machen wollen. Es gibt bei uns Leute, die meinen, daß Sowjetrußland nur im Falle einer Weltrevolution fortbestehen könne. Die letzten Jahre haben aber zur Genüge bewiesen, daß die Regierung der Sowjets sehr gut inmitten der kapitalistischen Welt bestehen kann."

### General Wrangels Erfolge gegen die Bolschewisten.

**Rotterdam**, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Konstantinopel: General Wrangels Armee hat von den Bolschewisten bisher ein Gebiet erobert, welches ungefähr ebenso groß ist wie die Krim. Im englischen Unterhause erklärte Unterstaatssekretär des Auswärtigen Harmsworth, daß infolge der Offensive des Generals Wrangel die Verhandlungen zwischen ihm und der Sowjetregierung abgebrochen worden seien.

## Provinzial-Nachrichten.

† **Weißenfels**, 16. Juni. (Schwunghafter Brotmarkenhandel.) Seit Jahren wird, wie schon in der Weißenfelser Kreistagssitzung erwähnt wurde, in den Werksbaracken im benachbarten Groß-Kayna von russischen und österreichischen Arbeitern ein schwunghafter Brotmarkenhandel getrieben, ohne daß es bis jetzt gelang, die Druckerei festzustellen und der Täter habhaft zu werden. Der Umsatz an diesen Marken beträgt wöchentlich 20 bis 30 Zentner. Die Marken sind käuflich zu 1 bis 1,50 Mark zu haben. Das für die Marken erworbene Mehl geht teils nach Österreich, teils zu Wucherpreisen an Konditoreien in Halle. Da die Kreise Merseburg und Weißenfels durch diesen Handel schwer geschädigt werden, so wurde die Annahme der Brotmarken durch Geschäftsleute verboten. Trotzdem besteht der Brotmarkenhandel weiter, nur mit dem Unterschiede, daß man sich das Mehl von einem benachbarten Dorfe des Querfurter Kreises holt.

† **Zeitz**, 16. Juni. (Unsinniger Haß.) Das Relief am Bismarckdenkmal in Zeitz ist nachts von unbekannten Tätern zerstört worden.

w. **Aschersleben**, 16. Juni. (Der eifrige Kommunistenführer Wegerich) von hier, der durch seine hetzerische Propaganda in der weitesten Umgebung bekannt ist, ist geflüchtet, Frau und Kind in größter Armut zurücklassend. Mehrere Geschäftsleute sind durch sein Verschwinden geschädigt, außerdem soll er eine hohe Summe (man spricht bis 60 000 Mark) mitgenommen haben. Er soll an dem Putsch in Sangerhausen beteiligt gewesen sein.

— **Frose**, 17. Juni. (Zu der Grubenkatastrophe auf „Concordia") erfahren wir noch: Auf 2 Schächten kann zurzeit noch gefördert werden. Das Grundwasser führt einen weißen, fettigen Ton mit sich, der die Zentrifugalpumpen vollkommen verschlemmt und die Arbeiten sehr erschwert. Man ist jetzt bemüht 4 Motore von je 250 Pferdestärken vor den Schlammassen zu retten. Die vollkommene Hebung der Betriebsstörung dürfte 4—6 Wochen beanspruchen.

**Leipzig**, 17. Juni. (Bundesversammlung des Reichsbürgerrats.) Zu der vom 2. bis 4. Juli in Leipzig stattfindenden Bundesversammlung des Reichsbürgerrats werden 12 Landesbürgerräte und sämtliche 330 einzelnen Bürgerräte Deutschlands Vertreter entsenden. Auf der Tagesordnung steht, abgesehen vom Tätigkeitsbericht und den Satzungen, ein Vortrag des bayerischen Leiters der Bürgerbewegung Dr. Meyer-Absberg über die Daseinsberechtigung und Ziele der Bürgerräte, ferner Erörterungen über die Wahl des Reichspräsidenten, den Reichswirtschaftsrat Ortswehren, Bürgerräte und Beamtentum und den Versailler Friedensvertrag.

## Letzte Depeschen.

### Dr. Mayer-Kaufbeuren lehnt ab.

**N. Berlin**, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Aus sehr gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Herr Dr. Mayer-Kaufbeuren die Berufung zur Kabinettbildung abgelehnt hat. Wie wir weiter erfahren, findet gegenwärtig beim Reichspräsidenten eine Beratung über die weiteren Schritte zur Regierungsbildung statt.

**Berlin**, 17. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, ist die Fraktion der Bayerischen Volkspartei heute um 11 Uhr unter dem Vorsitz von Geh. Rat Dr. Heim zu einer wichtigen Beratung über die gegenwärtige politische Lage zusammengetreten. Die gestrige Sitzung konnte zu keinem Ergebnis kommen, da nur sechs Abgeordnete der Einberufung Folge leisteten. Heute ist die Fraktion fast geschlossen versammelt. Ueber die Stellung der Fraktion zu einer eventuellen Kanzlerschaft ihres Mitgliedes Dr. Mayer wird heute morgen entscheidend beschlossen werden. Die Meinungen innerhalb der Fraktion sind noch geteilt. Vom Votum der neuen Mitglieder der Fraktion wird es voraussichtlich abhängen, ob die Bayerische Volkspartei sich an der neuen Koalition beteiligen wird oder nicht.

### Der Grund der Ablehnung Dr. Meyers.

**Berlin**, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) In politischen Kreisen mißt man der erneuten Besprechung des Reichspräsidenten Ebert mit den Führern des Zentrums Dr. Trimborn und Fehrenbach die Bedeutung zu, daß nun ein endgültiger Ausweg aus der gegenwärtigen Krise gefunden wird. Man glaubt, daß sich Präsident Fehrenbach trotz seiner früheren Ablehnung nunmehr doch dazu bereit finden wird, die Bildung der Regierung zu übernehmen. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß Präsident Fehrenbach dann auch wieder an die Deutsche Volkspartei herantritt, um sie in irgendeiner Form zur Mitarbeit und Unterstützung aufzufordern. Man erwartet, daß heute noch in den Nachmittagsstunden interfraktionelle Besprechungen stattfinden werden. Mit den Führern der Deutschen Volkspartei Dr. Heinze und Dr. Stresemann dürfte schon erneut Fühlung genommen sein.

Der Grund dafür, daß Dr. Meyer-Kaufbeuren den ihm gewordenen Auftrag ablehnte, dürfte unseren zuverlässigen Informationen nach lediglich darin liegen, daß der deutsche Geschäftsträger in Paris der Meinung ist, daß in der gegenwärtigen Zeit ein Personenwechsel auf seinem Posten unnötig sei. Wie wir dazu allerdings bemerken müssen, ist es in politischen Kreisen bereits offenes Geheimnis, daß die Kandidatur Dr. Meyer-Kaufbeuren gerade wegen seiner Tätigkeit in Paris in Betracht gezogen wurde. Man glaubt, daß Dr. Meyer die Sympathien, die er sich in Paris erworben hat, als Reichskanzler und Vertreter des deutschen Reiches in Spa noch besser fruchtbar machen kann, denn als Geschäftsträger.

### Beschlagnahme von Steuerbeträgen durch die Interalliierte Kommission.

**Oppeln**, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „Ostdeutsche Morgenpost" meldet, werden im besetzten Oberschlesien die durch Kürzung von Gehältern und Löhnen erhobenen Steuerbeträge von der Interalliierten Kommission angesammelt und zur Wiedergutmachung, also als Kriegsentschädigung verwendet. Auf diese Weise hat die Interalliierte Kommission in den letzten zwei Monaten allein 200 Millionen Mark angesammelt.

### Ludendorff in Berlin.

**Berlin**, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, ist General Ludendorff wieder in Berlin eingetroffen.

### Englische Bedenken gegen die Abmachungen mit Krassin.

**Paris**, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der Londoner Berichterstatter des „Temps" meldet, daß sich neuerdings bei der englischen öffentlichen Meinung und bis zu einem gewissen Grade auch bei der britischen Regierung ein Gesinnungsumschwung gegen Krassin vollziehe. Der Hintergrund dieser veränderten Haltung sei in der russischen Weigerung zu erblicken, eine bindende Erklärung über das Vorgehen der Bolschewisten in Persien abzugeben. Stark verstimmend in den englischen Kreisen habe das aufreizende Schreiben Lenins an die englische Arbeiterschaft gewirkt. Einer älteren Pariser Meldung zufolge sprach sich der russische Kadettenführer Miljukow einigen Zeitungsvertretern gegenüber sehr pessimistisch über die Londoner Verhandlungen aus.

### Schwierige Lage des Völkerbundes.

**N. London**, 17. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Der Völkerbund befindet sich in einer schwierigen Lage, die durch die zwischen Rußland und Persien bestehenden Verhältnisse entstanden ist. Das einzige Mittel des Bundes gegenüber Rußland besteht in der Anwendung einer fortgesetzten Blockade.

### Die Entwaffnung Deutschlands.

**N. Paris**, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Kammerkommission für Auswärtiges hörte gestern nachmittag einen Vortrag des Kriegsministers André Lefevre über die Entwaffnung Deutschlands. Der Minister gab der Kommission längere Erklärungen ab, die einstimmig aufgenommen wurden. Herr Lefevre und die Mitglieder der Kommission sind sich einig darüber, daß Deutschland fortfahre, bösen Willen in bezug auf die im Friedensvertrag festgesetzte Abrüstung zu zeigen.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Disconto-Gesellschaft Berlin.

**Berlin**, 16. Juni. Heute fand die Sitzung des Aufsichtsrats der Disconto-Gesellschaft statt, in der über die Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres berichtet wurde. Auf Vorschlag der Geschäftsinhaber wurde beschlossen, der auf den 5. Juli einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent in Vorschlag zu bringen. Nach dem Bericht der Direktion ist es ihr auch in diesem Jahre nicht möglich gewesen, von ihrer Londoner Niederlassung einen Nachweis des Vermögensstandes zu erhalten, so daß sie nur den Saldo, der sich aus den Büchern für das Rechnungsverhältnis mit der Filiale ergab, in die Bilanz einstellen konnte. In gleicher Weise mußte in diesem Jahre auch bezüglich der Niederlassung in Metz verfahren werden, der von der französischen Besatzungsbehörde nicht gestattet wurde, ihre Bilanz nach Berlin zu übermitteln. Es erbrachten:

Wechsel und Zinsen 81 043 257.17 (i. V. 48 877 187.69) Mk., Coupons 5 104 005,52 (1 076 942.32) Mk., Provision 24 375 446,35 (14 529 036,49) Mk., Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg 6 000 000 (4 800 000) Mk., Beteiligung bei dem A. Schaffhausenschen Bankverein A.-G. 8 000 000 (7 000 000) Mk., dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen 3 837 161,71 (3 540 812,70) Mk., verfallene Gewinnanteilscheine — (—), hierzu Vortrag aus dem Vorjahre 205 741.67 (292 619.47) Mark. Rohgewinn: 128 665 615,42 (72 116 598.67) Mk. Abzüglich Verwaltungskosten 59 861 000 (31 945 032.44) Mark, Steuern 15 301 385.58 (6 294 675,13) Mark, bleibt Reingewinn 53 503 229.36 (33 876 891.10) Mk., für den folgenden Verteilung vorgeschlagen wird: Dividende 10 Proz. (9) 31 000 000 (27 900 000) Mark, Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber, Direktoren, stellvertretenden Direktoren, Prokuristen und Angestellten 5 954 420,36 (4 226 549.28) Mk., Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrats 927 900.52 (734 597.15) Mk., Rücklagen für Talonsteuer 1 815 020 (310 000) Mark, Ueberweisung an die David Hansemannsche Pensionskasse 1 400 000 (400 000) Mk., Ueberweisung an die Besondere Reserve 6 000 000 (—) Mk., Vortrag auf neue Rechnung 6 405 828,54 (305 744 67) Mk.

Der Aufsichtsrat der Disconto-Gesellschaft erteilte seine Genehmigung zu dem Antrage der Geschäftsinhaber, eine Filiale in Dortmund, sowie Zweigstellen in Bingen, Gelsenkirchen und Wernigerode zu errichten.

+ **Die Diskonto-Gesellschaft Berlin** übernimmt käuflich das Bankgeschäft Heinrich Schmidt in Wernigerode.

+ **Die A. Riebeckschen Montanwerke A.-G. in Halle** kündigen im heutigen Anzeigenteil ihre Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung an.

+ **Die Gewerkschaft Vereinigte Braunkohlengrube Alfred bei Tornitz** hat die Liquidation beschlossen.

**Neue Zuckerpreise.** In Kreisen der deutschen Zuckerindustrie rechnet man damit, daß der Rohzuckerpreis für das kommende Betriebsjahr bedeutend erhöht wird, und zwar mit einer Heraufsetzung des Preises um 100 auf 250 Mark für den Zentner. — Hierzu erfahren wir, daß tatsächlich bereits seit längerer Zeit eine Preiserhöhung in obigem Ausmaße in Aussicht genommen ist. Die Preise dürften jedoch erst im August oder September festgesetzt werden.

**Aenderung der neuen Fernsprechgebühren-Ordnung?** Einem Telegramm aus München zufolge wurde am Mittwoch einer Abordnung von Telephonteilnehmern in der Münchener Abteilung des Reichspostministeriums mitgeteilt, daß eine Revision der neuen Telephongebühren-Ordnung in Bälde den Reichstag beschäftigen werde.

+ **Wagengestellung.** Auf den Stationen des Direktionsbezirks Halle a. S., den Stationen der Lausitzer, Zschipkau-Finsterwalder und Dessau-Wörlitzer Bahn sind am 16. Juni 1920 zur Verladung von Braunkohlen, Braunkohlenbriketts, Naßpresteinen und Braunkohlenkoks gestellt 5502, nicht gestellt 108 Wagen zu je 10 To. Ladegewicht.

### Schiffsverkehr auf der Elbe.

Hafen- und Lagerhaus-Aktien-Gesellschaft. Aken a. d. Elbe.

Aken an der Elbe den 16. Juni 1920. Am 16. Juni trafen der Kahn Nr. 299 in Aken ein.

### Hallischer Witterungsbericht.

| | 16. Juni 9 Uhr abends | 17. Juni 7 Uhr morgens |
|---|---|---|
| Barometer Millimeter | 755.5 | 752.8 |
| Thermometer Celsius | 18.8 | 17.3 |
| Rel. Feuchtigkeit % | 42 % | 49 % |
| Wind | S. 1 | S. 2 |

Maximum der Temperatur am 16. Juni 31.9 C.
Minimum in der Nacht vom 16. Juni zum 17. Juni 11.7 C
Niederschläge am 17. Juni 7 Uhr morgens: 0.0 mm

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Boer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Hühneraugen?
Da hilft nur Kukirol das schnell und sicher wirkende Mittel. Auch gegen Hornhaut, Ballen und Warzen mit bestem Erfolg anzuwenden. Preis 2,50 Mark.
Jede bessere Drogerie führt Kukirol.

MAGGI's Fleischbrüh-Würfel, Qualitätsware, kein Ersatz
sind wieder überall erhältlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200617039/fragment/page=0003

**Saalschlossbrauerei**
Donnerstag, d. 24. Juni, von nachm. 3½ Uhr an

# Johannesfest

zum Besten lungenkranker Kriegerwaisen.
Mitwirkende:
**Alfred Kase,** Kammersänger Leipzig.
**Biene Schneider-Dessau** (Tänze)
Männergesangverein Halle a. S. 1911, Leitung: Kapellmstr. Georg Behne. Philharmonisch. Orchest. Nachm. Kinderfest. Allerlei Kinderbelustig. Näheres durch Plakate.
Kart. 4.— M. Kinder u. Kindermädch. 2.— b. Hoffner.

## G. d. A.

(Gewerkschaftsbd. d. Angestellten.)
Am Freitag, den 18. Juni 1920, abends 8 Uhr im großen Saale des St. Nikolaus, Nikolaistr.
**außerordentliche Generalversammlung.**
Erscheinen aller Mitglieder dringend erwünscht.
**Der Vorstand.**

## A. Riebeck'sche Montanwerke Aktiengesellschaft zu Halle a. S.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am
**Sonnabend, den 31. Juli 1920, nachm. 12½ Uhr**
zu Halle a. S. in unserem Hauptverwaltungsgebäude, Riebeckplatz Nr. 1 stattfindenden
**37. ordentlichen Generalversammlung**
eingeladen und für den Fall ihrer Teilnahme ersucht ihre Aktien oder den Hinterlegungsschein eines deutschen Notars, der Reichsbank, der Seehandlung (Preussische Staatsbank), der Bank des Berliner Kassenvereins in Gemässheit des § 20 der Satzungen — also bis spätestens Mittwoch, den 28. Juli d. Js. — während der üblichen Geschäftsstunden einwieder bei der Gesellschaft oder bei einer der nachbezeichneten Stellen, nämlich:
der Bank für Handel und Industrie in Berlin,
„ Berliner Handels-Gesellschaft, daselbst,
„ Bank für Handel und Industrie, Darmstadt,
„ Filiale der Bank für Handel und Industrie in Frankfurt a. Mein.
„ Bank für Handel und Industrie, Filiale Halle zu Halle a. d. S.
dem Halleschen Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co. zu Halle a. S.
„ Bankhause H. F. Lehmann Halle a. d. S.,
der Bank für Handel und Industrie, Filiale Leipzig, Leipzig.
„ Bank für Handel und Industrie, Filiale Dresden, Dresden.
„ Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt, Leipzig
Rudolf Müller & Co., Commanditgesellschaft in Naumburg a. S.
zu hinterlegen. Bei der Hinterlegung ist ein doppeltes Nummernverzeichnis einzureichen. Eines dieser Verzeichnisse wird mit dem Stempel der Gesellschaft oder Anmeldestelle versehen, zum Ausweis bei dem Eintritt in die Versammlung zurückgegeben.

**Tagesordnung:**
1. Vorlegung und Genehmigung der Jahres- und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1919/20 nebst Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats,
2. Beschlussfassung über Verteilung des Reingewinns,
3. Erteilung der Entlastung an den Vorstand und Aufsichtsrat.
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern,
5. Aenderung der Satzung:
A) Aenderung der Ueberschrift des Titels II in „Gesellschaftskapital und Obligationen".
B) durch Einschiebung folgender §§ 7a und b.
§ 7a: Die Gesellschaft ist berechtigt, auf Beschluss des Aufsichtsrats Schuldverschreibungen, welche auf den Namen und an Ordre lauten, bis zum Betrage ihres Aktienkapitals auszugeben. Der Nennbetrag der Schuldverschreibungen, der Zinsfuss, die Kündigungs- und Tilgungsbestimmungen sowie die Form der Urkunden werden vom Vorstand mit Genehmigung des Aufsichtsrats bestimmt.
§ 7b: Auf beschädigte, vernichtete oder verlorengegangene Schuldverschreibungen Talons- und Zinsscheine finden die Vorschriften des § 6 sinngemässe Anwendung.
C.) § 11 Abs. 1 Satz 1 durch Einschiebung der Worte „oder von 2 Prokuristen" zwischen den Worten „Prokuristen gemeinschaftlich" und Streichung des letzten Satzes des § 11.
D.) § 18 zu 1 der Satzungen durch Streichung der Worte „sofern an Ordre lautende Schuldverschreibungen ausgegeben werden sollen, ist die Zustimmung der General-Versammlung erforderlich".
6.) Neuregelung der Vergütung des Aufsichtsrats durch Zubilligung einer festen Vergütung neben dem Gewinnanteil und entsprechende Aenderung des § 19 der Satzungen.

Halle a. d. S., den 14. Juni 1920.
**Der Vorstand:**
L. Hoffmann. Heinrich.

# Unterrichts-Anzeigen

**Buchführung.**
Kaufmänn. Privatschulen Wilh. Baer, Geiststr. 41. C. Lewin, Steinweg 45. H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

**Chauffeurschule.**
Hallesche Automobilzentrale, Grünstr. 31.

**Chemieschule für Damen.**
Dr. S. Gärtner, Mühlweg 29. Tel. 5855.

**Fremde Sprachen**
Kaufmänn. Privatschulen Wilh. Baer, Geiststr. 41. C. Lewin, Steinweg 45. Bodenstek, Friedrichstr. 69, p. l.

**Nachhilfe-Unterricht.**
Erich Taube, Bismarckstr. 14

**Schneiderei-Unterricht.**
E. Holborn, Königstr. 50.

**Schreibmaschine.**
Kaufmänn. Privatschulen. Wilh. Baer, Geiststr. 41. C. Lewin, Steinweg 45. H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

**Stenographie.**
Kaufmänn. Privatschulen Wilh. Baer, Geiststr. 41. C. Lewin, Steinweg 45. H. Dittenberger Händelstrasse 6.

**Tanz-Unterricht.**
H. Weber, Magdb.-Str. 52 Teiln. d. Hochsch. I. Tz., Ber

---

**UT**

**Leipziger Strasse 88.** Fernruf 1224. Fernruf 1224.

Ab morgen!

## Die sterbende Salome!

Sensationelles Künstler-Drama in 4 Akten.
Hauptdarstellung:
Albert Steinrück - - - - - - Carla Ferra.
Vorführung 4.40 6.50 9.10 Uhr.

**Paul Heidemann**
in dem köstlichen Lustspiel in 3 Akten:
**S. M. Der Reisende!**
Vorführung: 4.00 6.10 8.20 Uhr.

Heute letzter Tag:
Maria Magdalene! — — Der Film für Alle!

Beginn 4 Uhr.

**Alte Promenade 11a.** Fernruf 5738. Fernruf 5238.

Ab morgen:

## Das große Licht!

Monumental-Spielfilm in 1 Vorspiel und 6 Akten mit
Emil Jennings - - - - Curt Vespermann.
Vorführung: 4.20 6.30 8.50 Uhr.

**Was zu viel ist, ist zu viel**
Lustspiel in 1 Akt.

Die neuesten Wochenberichte!

Heute letzter Tag:
Die letzte Galavorstellung des Circus Wolfson!

Beginn 4 Uhr.

**Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm!**
II. Platz 1.—, I. Platz 2.—, Rang 3.—, Loge 4.— einschließlich Kartensteuer.

---

Grosse Ulrichstrasse 54. **GS** Fernsprecher 4681.

Ab Freitag, den 18. Juni! Erst-Aufführung!

# Das Grauen!

Ein Abenteuer in 5 Akten.
In den Hauptrollen:
**Friedrich Zelnik** und **Fritz Schulz,** der Liebling von Halle!!
**„Frühlingsmanöver".** Lustspiel in 3 Akten.

**Heute letzter Tag: Falscher Start!**

**Wochentags auf allen Plätzen bis 5 Uhr nachmittags**
kleine Preise bei vollem Programm!
2. Platz 1 M., 1. Platz 2 M., Rang und Parterre-Loge 3 M., Balkon-Loge 4 M.

Sonntags und Wochentags Einlass 3½ Uhr, Beginn 4 Uhr.

---

**Bitte ausschneiden!**

Die Dampferfahrten unserer beiden Dampfer „Georgsburg" u. „Giebichenstein" nach Bad Neu-Ragoczy und Wettin finden fahrplanmäßig wie folgt statt:

**Fahrplan:**

**An Sonn- und Feiertagen:**
Halle—Bad Neu-Ragoczy:
ab Halle . . . . . 8.30 vorm.
„ „ . . . . . 1.00 mitt.
„ „ . . . . . 4.30 nachm.
Bad Neu-Ragoczy—Halle:
ab Bad Neu-Ragoczy . . . 11.00 vorm.
„ „ . . . . . 2.30 nachm.
„ „ . . . . . 7.00 „
An Wochentagen (Montag und Donnerstag, auch Mittwoch und Sonnabend) ab Halle 2.00 nachm., Rückfahrt ab Bad Neu-Ragoczy 7.00 nachm.

**An Sonn- und Feiertagen:**
Halle—Bad Neu Ragoczy—Wettin:
ab Halle . . . . 7.30 vorm., 2.45 nachm.
an Bad Neu-Ragoczy 8.30 „ 3.45 „
an Wettin . . . 9.30 „ 5.15 „
Wettin—Bad Neu-Ragoczy—Halle:
ab Wettin . . . . 10.00 vorm., 6.00 nachm.
an Bad Neu-Ragoczy 11.30 „ — „
ab „ „ 12.45 mitt., 7.30 „
an Halle . . . . 2.15 nachm., 9.00 „

Außerdem halten wir uns den werten Vereinen, Schulen, Korporationen usw. bestens empfohlen.

**Dönitz & Wolter, Dampfschiffsbesitzer,**
Halle a. S., Wilhelmstraße 49. Fernsprecher 3654.

---

**Bad Oberharz** (Bahnstation). Skrofulöse Kinder finden keine Aufnahme.
Führer u. Wohnungsverzeichn. durch d. Kurverwaltung.

---

**Thüringer Waldkurheim**
Friedrichroda
Ideale Verpflegung u. Heilverfahren für Nervöse u. Erholungsbedürftige.
Dr. Lois

---

**Hautjucken** (Milben, Art Krätze) verschw. unter Garantie in 10 Min. d. Einreibung mit „Kampol". Beck. Schurig, Steinweg 10.

---

**Draesels Flechtenselbe**
b. Bartflechten, tiefe Flechten aller Art u. Hautausschläge. Mitesser. Dose Mk. 5.
Bei and.: Grüne Apotheke, Erfurt 112.

---

**Weißnäherin**
für Ausstattungen empf. sich auß. dem Hause. Off. unter U. 3553 an d. Exp. d. Zeitg.

---

**R. CH. SCHELLENBERG**
**KUNSTMÖBELFABRIK**
**WERKSTÄTTEN FÜR INNERE WOHNRÄUME**
**Herrenzimmer**
**Speisezimmer**
**Clubsessel**
in großer Auswahl.
Fernspr. 5939. Rannischestr. 12

---

Echt
*Porzellan*
*Teller, Tassen, Schüsseln, Saucieren, Braten-Platten*
*riesig billig.*
*C. F. Ritter*
*Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.*

---

**Apollo-Theater** 8 Uhr. Täglich abends 8 Uhr: „Die Elektante" Posse i. 3 Akt. v. H. Treller. Gastspiel von Fritz Turm-Silvare. In den Hauptrollen: Paul Beckers, „Aurora Knutsch", Fritz Thurm-Silvare.

**Stadt-Theater**
Freitag, den 18. Juni 20" Anfg. 7½, Ende 11 Uhr:
**Hans Heiling.**
Sonnabend:
Der Zigeunerbaron.

**Thalia-Theater**
Gastspiel des Stadttheater-Personals. Sonntag, den 20. Juni 1920, abends 7½ Uhr:
**Die spanische Fliege.**

**Uhrmacher**
Gustav Uhlig
Untere Leipzigerstrasse
Größtes Lager der Provinz in Stand- u. Wand-Uhren, Damen- u. Herren-Uhren, sowie Armband-Uhren in Gold, Silber, Tula usw., grösste Auswahl, solide Preise unter schriftlicher Garantie.

**20000 Ztr.**
**Maschinen-Stechtorf**
in handelsüblicher, lufttrockener Beschaffenheit zur Lieferung Anfang Juli bis Oktober haben abzugeben
**Geb. Grimm**
Torfindustrie und Holzhandlung
**Loitz i. Pom.**

Vornehmes **Briefpapier** mit Künstler-Federzeichnungen von Halle a. S. Block 2.25
**C. F. Ritter,** Leipziger Str. 90

Gut dauerhaftes Gummiband für Strumpfbänder kaufen bei H. Schnee Nachf. Gr. Steinstr. 84. V 335 5

**Tapeten**
in großer Auswahl.
**Walter Sommer**
Leipzigerstr. 32. Tel. 3362.

**Öffentlicher Verkauf.**
Für Rechnung wen es angeht, verkaufe ich Sonnabend den 19. ds. Mts. vorm. 9 Uhr im Saale des Halleschen Vereins für Gewerbe u. Produktenhandel hier, Neue Promenade 2
**ca. 130 Zentner Felde Eichendorf'r Rabenkerne**
1918er Ernte in Halle lagernd öffentl. meistbietend gegen Barzahlung unter den im Term. n noch bekannt zu gebenden Bedingungen.
**Albert Jahn**
beeid. Versteig. Tel. 5690

in unserem **Verkehrs- u. Leseraum**
Gr. Ulrichstr. 52 befindet sich die Annahmestelle für Anzeigen und Zeitungsbestellungen auf unser Blatt.
Verkauf einzelner Zeitungsnummern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200617039/fragment/page=0004